

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	62. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	1. Juli 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

17.

Punkt 15 der Tagesordnung: SmartGrid: Energieeffiziente Wohngebiete
Antrag der Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz, der Stadträte Thorsten Ehlgötz, Dr. Albert Käuflein, Dr. Klaus Heilgeist, Sven Maier und Tilman Pfannkuch (CDU) sowie der CDU-Gemeinderatsfraktion vom 22. April 2014
Vorlage: 2014/0591

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 15 zur Behandlung auf.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Es geht hier um Modellvorhaben im Bereich eines abgestimmten Verbraucherverhaltens innerhalb von abgegrenzten Haushaltsgebieten und Quartieren, so wie das jetzt schon für Gewerbegebiete modellhaft und mit unserer Zustimmung betrieben wird. Uns ist eben wichtig, dass Modellvorhaben ins Leben gerufen werden, weil die Energiewende bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zurzeit leider nur im Bereich der Strompreisdiskussion so richtig ankommt. Die energieintensiven Unternehmen merken natürlich, um was es geht, und sind schon zwangsläufig zur Erhaltung ihrer Marktstellung verpflichtet, sich zusammenzutun. Wir hoffen, dass sich da auch alsbald sichtbare Bewegungen und Erfolge abzeichnen.

Wir müssen aber- und das ist die Intention unseres Antrages - die einzelnen Bürgerinnen und Bürger mit Modellvorhaben mitnehmen. So soll die Beteiligung an solchen Prozessen eben die emotionale Bindung, auch das Spaßmachen, zum Energiesparen fördern.

Die Antwort der Verwaltung wird der Sache durchaus gerecht. Es wird beschrieben, wie kompliziert die Vorgehensweise in diesem neuen Bereich der Energieeinsparungsidee ist. Man spricht von einem Gesamtkunstwerk. Man berichtet in der Vorlage von Ar-

beitskreisen und Schnittstellen. Wir haben den Eindruck, dass das Thema bearbeitet wird, aber noch nicht so richtig getrieben wird, so wie man sich das vorstellen und wünschen könnte. Natürlich ist in der Vorlage fachlich wohl richtig aufgezeigt, dass die Rahmenbedingungen durch die Liberalisierung des Strommarktes durchaus nicht einfach gestaltet sind. Das macht die Angelegenheit auch so schwierig. Das hat zur Folge, dass wir als Stadt Karlsruhe hinter der Sache auch stehen müssen, nicht nur hinter der Verwaltung, sondern dort, wo Hemmnisse bestehen, auch Hemmnisse beseitigen müssen.

Die Antwort der Verwaltung zeigt uns, dass Zielkonflikte zwischen einzelnen Beteiligten innerhalb der Stadt bzw. im Konzern Stadt bestehen. Auch hier müssen wir Lösungen finden, denn es kann durchaus sein, dass jetzt beispielsweise bei kleineren Stromnetzen selbstgewonnene Energie in Quartieren gar nicht so sehr im Interesse der Stadtwerke sein können, so dass natürlich die Akquisition in diese Richtung auch nicht den Vortrieb gewinnt, den dieses Thema haben sollte.

Insgesamt wird man sagen müssen, dass hier noch weitere dicke Bretter zu bohren sind. Wir glauben auch, dass in der Bevölkerung zunehmend Beratungsbedarf besteht. Deshalb brauchen wir die Modellvorhaben, und wir müssen, wie gesagt, die Bürgerinnen mitnehmen.

Wir haben nun erfreulicherweise gehört, Herr Oberbürgermeister, dass Sie zu diesem Thema eine Expertise in Auftrag geben wollen, um eben für die Stadtverwaltung herauszufinden, welche dieser möglichen Projekte in der Zukunft zielführend sind. Wir, die CDU-Fraktion, halten es für sehr gut und warten natürlich gerne das Ergebnis dieser Expertise ab. Unsere Bürger wollen etwas sehen, nicht nur mehr zahlen, sie wollen einfach mitgenommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Auch uns hat die Antwort der Verwaltung im Grundsatz sehr gut gefallen, genauso wie das Antragsbegehren der CDU uns im Grundsatz gut gefallen hat, aber es ist halt ein hochkomplexes Thema. Es ist ja nicht so, dass bisher noch nichts in Karlsruhe dazu passiert ist. In der Vorlage wird auch ausgeführt, welche Akteure sich schon mit den Smart-Technologies beschäftigen. Ich nehme das jetzt mal als Sammelbegriff, ob das jetzt SmartGrids, SmartHome oder SmartMeter ist. Auch ist Herr Pfannkuch schon darauf eingegangen, dass die Rahmenbedingungen durch die Liberalisierung des Strommarktes nun einmal so sind, wie sie sind, dass wir jetzt nicht vorschreiben können, in einem Gebiet kriegt jetzt jeder irgendwie ein SmartHome mit entsprechenden intelligenten Netzanschlüssen. Dementsprechend wird es auf Freiwilligkeitslösungen hinauslaufen müssen. Dennoch finden wir das Thema sehr wichtig, denn ohne Steigerung der Energieeffizienz wird auch der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht zum gewünschten Ergebnis führen können. Tatsächlich bietet sich ja die Chance, wenn sozusagen die Produktionsspitzen im Bereich der erneuerbaren Energien dann auch mit dem Abrufen der Energie zusammenfallen, dass dann tatsächlich Netzleistungskapazitäten nicht so vorgehalten werden müssen. Gerade die großen Transportnetze, die jetzt in aller Munde sind, können dadurch zumindest in ihrer Ausprägung vielleicht abgemildert werden.

Für mich wäre noch sehr spannend gewesen, aber das wird vielleicht im weiteren Verfahren auch noch einmal erörtert, wie sich die großen Wohnungsbaugesellschaften zu dem Thema verhalten. Wenn man einen großen Mietgebäudebestand hat, wie jetzt die VOLKSWOHNUNG oder auch der Mieter- und Bauverein, könnte es dann Synergieeffekte geben, die bei dem Thema noch einmal besonders interessant sind. Ich würde es nicht unbedingt nur örtlich verorten, sondern vielleicht in einer Trägerschaft, weil dann die Signifikanz der Ergebnisse in der Auswertung ein bisschen besser sein könnte.

Wir haben auch Sympathie, dass sozusagen die Nutzer von Energie deutlich stärker in ihr eigenes Verbrauchsverhalten mit einbezogen sind, dass nachvollziehbarer ist, als wenn sie nur einmal im Jahr ihre Stromabrechnung bekommen und sich dadurch Nutzungsverhaltensänderungen ableiten können, die auch einem umweltverträglichen und nachhaltigen Energiemanagement zuträglich sind.

Was uns noch wichtig ist, aber bisher noch nicht aufgetaucht ist in der Stellungnahme, ist die Frage der datenschutzrechtlichen Diskussion im Zusammenhang mit SmartMeter. Gerade der jetzt inzwischen nicht mehr im Amt befindliche Bundesdatenschutzbeauftragte, Herr Schaar, hat dazu in der Vergangenheit schon vieles gesagt. Besonders prägnant war sein Ausspruch, dass er natürlich nicht möchte, dass anhand des Energieverbrauches seiner Kaffeemaschine jeder weiß, wann er morgens aufsteht, um das ein bisschen plastisch zu machen.

Insgesamt finden wir die Intention des Antrages gut, auch wenn wir, wie in der Verwaltungsvorlage aufgezeigt, die Grenzen in Wohngebietsnutzungen sehen, weil dort durch die Regelungstechnik der Gewinn nicht so groß ist wie bei Großverbrauchern, finden aber auch, eine vertiefende Beratung sollte unbedingt sein. Wir wissen auch, dass die Stadtwerke in dem Bereich schon sehr aktiv sind. Das finden wir gut und stützen die Verwaltungsantwort.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Marin (SPD): Auch die SPD-Fraktion unterstützt die Verwaltungsantwort, die anreißt, wie komplex das ganze Thema ist. Im Prinzip ist es eine systemische Verbindung von Energieproduktion und Energieverteilung bis hin zum Energieverbrauch und den Effizienzmöglichkeiten, die dazwischen stehen, und das Ganze auch noch um einiges breiter.

Vor allem geht aus der Verwaltungsantwort auch hervor, in welchen vielen Teilbereichen wir als Stadt mit unseren Institutionen in der Stadt und mit den Unternehmen da Einzelprojekte schon gestalten, wo wir vorgehen. Insgesamt hatte ich am Anfang ein Problem mit diesem Antrag, weil er für mich auch nicht greifbar war, ist er auch jetzt noch nicht, denn das Thema ist viel zu breit, viel zu komplex, um es im Moment so pauschal anzugehen. Deswegen finde ich auch den Weg, den wir beschreiten, weiter in die Forschung zu gehen, weiter in die Testphasen zu gehen mit diesen kleinen Stellschrauben, die dann zum Schluss vielleicht einmal ein Netzwerk bilden werden, und dann zu gegebener Zeit Teilprojekte zu bilden, ganz sinnvoll und unterstütze das auch voll und ganz.

Eine kleine Anmerkung noch, Herr Pfannkuch. Sie hatten ja gesagt, dass Sie da auch Zielkonflikte sehen würden, z. B. bei den Stadtwerken im Zusammenhang mit den gesetzlichen Vorgaben, was z. B. Trennung von Netzen und Energie angeht, aber mit Sicherheit nicht in diesen Einzelbereichen, denn da, wo jemand anderes ein Netz betreibt - das war Ihr Beispiel -, können die Stadtwerke durchaus auch beratend tätig werden oder durch Übernahme von Leistungen tätig werden. Insofern sehe ich diese Zielkonflikte in der Form nicht. Sie haben ein großes Thema angesprochen. Ich denke, dass dieser Antrag erledigt ist, aber nicht das Thema.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Golombeck (FDP): Die Energieversorgung ist in der Tat ein sehr großes Thema. Energie sollte auch immer noch bezahlbar bleiben für die Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen uns langsam daran gewöhnen, dass die klassische Form der Energieversorgung ein Kraftwerk mit einem eigenen Netzwerk sich langsam davon entfernen wird. Wir haben überall die dezentrale Stromversorgung, die Propeller, die Solarenergie. Das Ganze muss aber noch gemanagt werden, dass es dahin geht, wo es gebraucht wird - und auch in der entsprechenden Menge.

Dass in Deutschland die Energie am teuersten ist in Europa, das weiß man. Das hängt auch ein bisschen mit dem EEG-Gesetz zusammen. Eventuell muss man hier noch daran arbeiten. Ich finde auch gut, dass sich die Verwaltung damit beschäftigt. Insbesondere hat mich interessiert, dass hier Nutzen und Aufwand gegeneinander aufgewogen werden. Ich kann natürlich eine preiswerte Energieversorgung transportieren, aber wenn der Aufwand dafür so hoch ist, dann ist die Energieersparnis eigentlich nicht mehr gegeben.

Ich finde, dass der Antrag weiterverfolgt werden soll. Ich finde ihn gut, ich finde ihn zukunftsorientiert. Er sollte weiter verfolgt werden, dass man z. B. so ein Modellprojekt, ein Stadtteil, was auch immer, in Betrieb nimmt, testet und daran arbeitet, inwieweit kann ich hier die Effizienz vorantreiben.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Dr. Fischer (KAL): Der CDU-Antrag wird von meiner Fraktion begrüßt, weil wir der Meinung sind, man kann da noch kritische Aspekte einbringen, die ich dann jetzt auch gleich mal beleuchten werde.

Das Ziel eines intelligenten Netzes, ist - so wie es im Antrag steht -, den Verbrauch an die Erzeugung anzugleichen. Das ist der positive Aspekt, wahrscheinlich ist eine Energiewende ohne solche Steuerungsmechanismen nicht möglich. Auf der anderen Seite gibt es die zwei Aspekte, die jetzt in den beiden Papieren, im Antrag und in der Antwort, noch nicht genannt werden, die beiden Aspekte Datenschutz und Sicherheit der Stromversorgung.

Beim Datenschutz muss man schauen, welche Player derzeit interessiert sind, Smart-Grids zu betreiben. Das sind nicht nur Energieunternehmen, das sind auch Unternehmen, die im Wesentlichen an den Daten interessiert sind, welcher Nutzer wann was tut,

also ein Nutzungsprofil. Das muss man kritisch beleuchten, das sollte im Zuge dieses Konzeptes beachtet werden.

Der zweite Punkt: Sicherheit einer Energieversorgung. Früher musste man mit beachtlicher krimineller Potenz und ordentlich Dynamit schon eine Umspannstation in die Luft jagen, um die Stromerzeugung in einem größeren Stadtteil flachzulegen. Heute muss man einen Virus einschleusen. Dieses Thema, wie sicher sind die Datennetze zur technischen Steuerung, ist derzeit in Energieunternehmen, da gibt es ganze Kongresse dazu, ein ganz wichtiges Thema. Auch das sollte in dieser Diskussion, in diesem Konzept für ein SmartGrid beachtet werden, wie können wir verhindern, dass wir angreifbarer werden. Dann wäre dem Ganzen nichts Gutes getan.

(Beifall bei der KAL)

Der Vorsitzende: Vielen Dank für diese sehr differenzierte Diskussion. Ich habe das jetzt so verstanden, im Sinne der Verwaltungsvorlage am Thema dranzubleiben, das noch in einen Gesamtkontext SmarterCity zu stellen. Das hatte ich Ihnen für den Herbst ja angekündigt. Das muss sich dann auch in der Beratung des Doppelhaushaltes wiederfinden. Wenn wir SmarterCity nicht konkretisieren und spürbar machen, dann wird irgendwann die Frage kommen, was haben wir überhaupt davon, außer interessanten Arbeitskreisen. Da sind wir jetzt zusammen mit der Verwaltung auf einem guten Weg und werden im Herbst auch konkrete Vorschläge machen. Dann müssen für alle diese Vorschläge, genau die Punkte, diskutiert werden, die jetzt in der Diskussion angesprochen wurden. - Dem stimmen Sie so zu.

Zur Beurkundung:
Der Schriftführer:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
28. Oktober 2014